

DIE LINKE. Ratsfraktion Duisburg, Gravelottestr. 28, 47053 Duisburg

An
Büro OB

Geschäftsstelle

Gravelottestr. 28
47053 Duisburg
Telefon 02 03 / 9 30 86 92
Telefax 02 03 / 9 30 86 94
buero@linksfraktion-duisburg.de
www.linksfraktion-duisburg.de
Stadtsparkasse Duisburg
Konto-Nr. 200 020 055
BLZ 350 500 00

Duisburg, den 10.05.2012

Antrag der Fraktion DIE LINKE, der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
an den Rat am 21.05.2012

Bewerbung der Stadt an der Ausschreibung der Vergabe der Europe Direct – Informationszentren für den Förderzeitraum 2013-2016

Die Verwaltung wird aufgefordert, sich an der Ausschreibung zur Vergabe der Europe Direct – Informationszentren 2013 bis 2016 zu beteiligen und zwar im Hinblick auf den Erhalt leistungsfähiger und zeitgemäßer Arbeitsstrukturen für den Fachbereich Europaangelegenheiten. Dies sollte insbesondere

1. vor dem Hintergrund zunehmend komplexeren Rahmenbedingungen des Rechtsraumes Europa und der eigenständigen Rolle der Kommune seit dem Lissabon Vertrag geschehen und
2. aus der Notwendigkeit heraus, aufgrund eigener fehlender finanzieller Ressourcen alternative Förder- und Finanzierungsquellen der EU zu erschließen. Um hier erfolgreich agieren zu können, bedarf es eines wirksamen Handlungsinstrumentariums sowie professioneller Rahmenbedingungen.

Begründung:

Der Fachbereich Europaangelegenheiten wurde Ende der 1980-er Jahre, im Zuge der damaligen Reform der Strukturfonds, im Amt für Statistik und Stadtforschung - heute Stabsstelle für Wahlen, Europaangelegenheiten und Informationslogistik (I-03)- eingerichtet. Duisburg war damit eine der ersten Kommunen in Deutschland, die einen solchen Schritt unternahm. Seinerzeit befand sich die Stadt an der Spitze der Kommunen, die erkannten, wie wichtig eine aktive kommunale Europaarbeit ist. Den kommunalpolitischen Mehrwert erkannte man damals einerseits in der Möglichkeit, an europäischen Förderprogrammen verstärkt zu partizipieren. Andererseits wurde schon früh der steigende Einfluss der europäischen Gesetzgebung mit allen seinen Auswirkungen für die kommunale Ebene erkannt - und damit in Zusammenhang, die Notwendigkeit politische Prozesse zu beobachten und mögliche Folgen für die Kommune abzuschätzen.

Seitdem sind die Anforderungen an die kommunale Europaarbeit kontinuierlich gestiegen. So ist durch den im Jahr 2009 in Kraft getretene Vertrag von Lissabon der europäische Integrationsprozess noch weiter

vorangeschritten. Eine Folge ist die steigende Zunahme der Regelungsdichte in der EU-Gesetzgebung. Experten schätzen, dass sich heute etwa 80% aller Gesetzgebungsmaßnahmen der Europäischen Union direkt oder indirekt auf die Kommunen auswirken. Somit sind Städte Exekutivorgane der EU-Gesetzgebung, die eine Vielzahl von europäischen Verordnungen und Richtlinien auf der kommunalen Ebene umsetzen.

Ein für den Fachbereich Europaangelegenheiten finanziell und strategisch wichtiges Projekt, das im Jahre 2007 erfolgreich akquiriert werden konnte, ist der *EUROPE DIRECT* EU - Bürgerservice der Stadt Duisburg. Dieses Projekt wurde zwischen 2007 und 2011 mit insgesamt ca. 125.000 Euro zur Refinanzierung eigener Personal- und Sachkosten von der EU-Kommission bezuschusst. Neben dem finanziellen Nutzen ist der strategische Mehrwert sehr vielschichtig:

- *EUROPE DIRECT* optimiert die Möglichkeit, sich in Entscheidungsprozesse auf EU-, Bundes- und Landesebene einzubringen (bspw. bei der inhaltlichen Ausgestaltung der Strukturfondsförderung der Finanzperiode 2014-2020).
- Das Projekt beinhaltet ein Alleinstellungsmerkmal und trägt somit positiv zur Standortwerbung sowie zur besseren Wahrnehmung von außen bei. In NRW gibt es lediglich 11 in der gesamten EU 480 dieser Einrichtungen.
- Es wird von EU-Kommission und EU-Parlament als Kontaktstelle zur Zivilgesellschaft vor Ort genutzt. Anfragen oder Eingaben, die über *EUROPE DIRECT* - Zentren ausgehen, können eine erhöhte Aufmerksamkeit erfahren.
- *EUROPE DIRECT* trägt zur „Europafähigkeit“ der Stadt Duisburg bei, weil durch das Projekt das Thema „Europa“ in die Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft hinein transportiert wird. Dies wird zukünftig von großer Bedeutung werden, da das Land NRW plant, sogenannte „europafähige Kommunen“ auszuzeichnen.

Im Sommer d.J. wird die EU-Kommission die Vergabe der Europe Direct - Informationszentren für den Finanzierungszeitraum 2013-2016 erneut ausschreiben. Das heißt, der laufende Vertrag von *EUROPE DIRECT* Duisburg endet am 31.12.2012. Da das Projekt als freiwillige Leistung (**lfd. Nr. 150 gem. DS 11-1086**) derzeit auf dem Prüfstand steht, besteht die Gefahr, dass die Verwaltung den Vertrag auslaufen lässt und nicht an der Ausschreibung teilnehmen wird.

Die Streichung des Projekts hätte neben dem Verlust von EU-Fördermitteln insgesamt auch eine Schwächung der Strukturen und somit der Wirkungskraft des Fachbereichs Europaangelegenheiten zur Folge. Die o.g. strategischen Vorteile würden entfallen.